



Weniger Geld könnte es auch für das Erasmus-Programm geben. Dabei erlauben schon die bisher vorgesehenen Mittel nur wenigen Studierenden, mobil zu sein.

## Fehlgeleitete Sparsamkeit

Die **Rektorenkonferenzen** in Österreich, Deutschland und den Niederlanden warnen davor, die Mittel für Bildung, Forschung und Innovation im EU-Finanzrahmen zu kürzen. Dies wäre eine falsche Weichenstellung für Europa.

Sabine Seidler, Peter-André Alt, Pieter Duisenberg

Eigentlich scheint es der europäischen Wissenschaft im Oktober 2020 gut zu gehen. In der Corona-Krise ist ihre existenzielle Bedeutung überdeutlich; die Auszeichnung europäischer Forscher mit Nobelpreisen bestätigt ihre Leistungsfähigkeit. Können sich die europäischen Wissenschaftler also zurücklehnen und entspannen? Im Gegenteil: Die Wissenschaft in Europa steht vor einem Jahrzehnt fehlgeleiteter Sparsamkeit bei Forschung, Innovation und Hochschulbildung. Das gefährdet unsere zukünftige Leistungsfähigkeit.

Zwischen dem EU-Parlament und dem Europäischen Rat wird über die Zukunft der Forschung und Hochschulbildung im mehrjährigen Finanzrahmen der EU verhandelt. Was technisch klingen mag, wird konkrete, langfristige und schmerzhaft Folgen für die gesamte Gesellschaft haben. Denn die Entscheidung wird uns bis 2028 begleiten – und durch den dann eingeschlagenen Weg sogar darüber hinaus.

Dabei ist eine ausreichend ausgestattete Forschung der Schlüssel, um erfolgreiche Lösungen für die drängendsten globalen Herausforderungen wie den Klimawandel und den Ausbau digitaler Infrastruktu-

ren entwickeln zu können. 80 Prozent der EU-Exporte sind von technologiebasierten Industrien abhängig. Die technologische Entwicklung kann nur auf dem starken Fundament von Grundlagen- und angewandter Forschung gedeihen. Sie setzt eine Hochschulbildung voraus, die Kompetenzen für das digitale Zeitalter vermittelt: Problemlösungsfähigkeit, kritisches Denken, Kreativität.

Um auf lange Sicht weiterhin in der Weltklasse mitzuspielen, sind gerade im Hinblick auf geopolitische Entwicklungen ausreichende Mittel unerlässlich. Die USA stehen hier an der Spitze, und seit 2017 hat China mit Investitionen in Forschung und Innovation von 370 Milliarden Euro die EU mit ihren 320 Milliarden auf den dritten Platz verwiesen. Es gilt, künftige technologische Abhängigkeiten zu vermeiden. Wir müssen durch eine starke eigene Wissenschaftsbasis sicherstellen, dass unsere demokratischen Grundrechte und humanistischen Werte wie Freiheit, Transparenz, Privatsphäre und offene Zusammenarbeit garantiert und weiter gestärkt werden.

Deshalb lehnen wir die Entscheidung unserer Regierungen kategorisch ab, die Mittel für die europä-

ische Zusammenarbeit in Bildung, Forschung und Innovation zurückzufahren. Nimmt man zum mehrjährigen Finanzrahmen noch die Kürzungen im Zusammenhang mit dem EU-Wiederaufbaufonds Next Generation EU hinzu, so würden den Programmen für Studierendenmobilität und Hochschulzusammenarbeit, Forschung und Innovation

„Die Kürzungen werden zu einer stärkeren technologischen Abhängigkeit führen.“

zukünftig insgesamt 16,9 Milliarden Euro verlorengehen.

Die Stärke unseres Wissenschafts- und Innovationsökosystems beruht auf zwei Säulen: einer exzellenten nationalen Wissenschaftsbasis in Verbindung mit einer engen europäischen Zusammenarbeit. Kürzungen im EU-Haushalt lassen sich nicht durch nationale Investitionen ausgleichen. Mit den neuen Hochschulallianzen wollen die Kommission und die Mitgliedsstaaten zum

Beispiel die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen in Europa auf ein neues Niveau heben. Die Finanzierung dieser ehrgeizigen Netzwerke ist jedoch durch die Kürzungen gefährdet.

In einer Welt, die komplexer, internationaler und schneller geworden ist, brauchen wir junge Menschen mit der Fähigkeit zu kritischem Denken und der Wertschätzung für europäische und internationale Zusammenarbeit. Das Programm Erasmus+ bietet hierzu einen wichtigen Beitrag, indem es dafür sorgt, dass Studierende ihren Horizont erweitern und interkulturelle Kompetenzen erwerben können. Schon mit den bisher vorgesehenen Mitteln hätten in den nächsten sieben Jahren nur fünf Prozent aller Studierenden mobil sein können. Mit den Kürzungen würde diese Zahl noch geringer ausfallen.

Die Studie des wissenschaftlichen Dienstes der EU-Kommission „The Grand Challenge – The design and societal impact of Horizon 2020“ ergab, dass jeder in die europäische Forschung investierte Euro ein Wirtschaftswachstum von 13 Euro generiert. Wer würde eine solche Investition ablehnen, mit dem Ziel zu „sparen“? Das geschieht,

wenn unsere Regierungen 16,9 Milliarden Euro für die europäische Bildung und Forschung kürzen. Der Studie zufolge werden unsere Gesellschaften dadurch bis zu 200 Milliarden Euro an wirtschaftlichem Mehrwert verlieren. Die Kürzungen werden zu einer stärkeren technologischen Abhängigkeit führen und die Klimawende und das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele erheblich erschweren. Außerdem gefährden sie Qualität und Stärke unserer Grundlagenforschung, einer Schlüsselressource unseres Kontinents.

Die entscheidenden Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU sind derzeit im Gange. Noch ist es nicht zu spät, den Kurs zu ändern. Wir fordern unsere Regierungen auf, den Wert von Bildung, Forschung und Innovation auf europäischer Ebene anzuerkennen und gemeinsam mit dem EU-Parlament durch eine Rücknahme der Kürzungen die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu stellen.

SABINE SEIDLER ist Präsidentin der Österreichischen Universitätenkonferenz.

PETER-ANDRÉ ALT ist Präsident der deutschen Hochschulrektorenkonferenz.

PIETER DUISENBERG leitet die niederländische Vereinigung van Universiteiten.

HANS RAUSCHER

## „Allahu akbar“ als Handy-Klingelton



In einem Pariser Vorort wurde ein Lehrer, der im Unterricht über Meinungsfreiheit Mohammed-Karikaturen hergezeigt hatte, von einem 18-jährigen tschetschenischen Flüchtling erstochen und enthauptet. Der junge Fanatiker war aus Nordfrankreich angereist, aufgestachelt durch die Verbreitung des Vorfalls in den sozialen Netzen. Unter anderem vom Vater einer Schülerin des Lehrers.

Es ist die Chronik eines angekündigten Todes. Die französische Polizei hat in dem Zusammenhang ein Dutzend Verdächtige aus dem Umkreis der Schule

verhaftet. Gleichzeitig wurde beschlossen, 260 islamistische Gefährder auszuweisen, von denen sich bereits 180 in Gewahrsam befinden.

Was passiert an unseren Schulen? Das müssen sich alle Staaten mit nennenswerten muslimischen Bevölkerungsanteilen fragen. Wie geht man mit dem „Kulturkampf im Klassenzimmer“ um, von dem die Wiener Lehrerin Susanne Wiesinger in ihrem gleichnamigen Buch gesprochen hat? Literatur lesen finde nicht mehr statt, weil auch die harmlosesten Passagen von irgendwem als „haram“ (verboten) betrachtet werden.

Es gebe eine ganze „Generation haram“, schreibt die junge Journalistin und frühere Lehrerin Me-

lisa Erkurt in ihrem gleichnamigen Buch. Erkurt, Tochter muslimischer bosnischer Flüchtlinge, führt das islamistische Macho-Getue besonders auf Überkompensieren des Verliererstatus zurück: „Sie, die Burschen, die Fünfer schreiben, durchfallen (...), wollen sich zumindest in einem Punkt mächtig fühlen. Sie haben erkannt, dass die Leute Angst vor dem Islam haben. Sie stellen ihren Handy-Klingelton auf ‚Allahu akbar‘ (‚Gott ist groß‘) und genießen die verängstigten Blicke der anderen in der U-Bahn.“ Und sie zwingen nicht nur die Mitschülerinnen, Kopftuch zu tragen und sich nicht „haram“ zu verhalten, sondern schüchtern auch die Lehrer(innen) ein.

Erkurt argumentiert, dass die

erkonservativen islamischen Autoritätsfiguren bis Hassprediger, die sich um die Jungen kümmern, oft die ersten Personen sind, „die sie als das erkannt haben, was sie sind: junge Männer, die sich innerhalb dieser Gesellschaft verloren fühlen, die ihren Platz nicht finden, egal wie eifrig sie suchen“. Allerdings gibt es immer welche, die ihren Platz in dieser Gesellschaft gar nicht suchen, weil sie diese Gesellschaft aktiv ablehnen.

Aber bei allem Verständnis: Die liberale Demokratie kann sich nicht islamistische Vorschriften machen lassen. Was tun? Zunächst sind sicherheitspolizeiliche Maßnahmen unerlässlich. Aber offenbar ist intensivere Betreuung notwendig.

Denn die Leute bleiben ja hier, abgeschoben werden können nur ein paar. Der Forschungsbericht des Integrationsfonds „Junge Menschen mit muslimischer Prägung in Wien“ (2019) sagt: Den allermeisten „Auffälligen“ fehle es an „Vertrauenspersonen“, die ihnen die richtige demokratische und emanzipatorische Einstellung vermitteln. Woraus der Schluss zu ziehen ist, dass die Politik für viel mehr „Vertrauenspersonen“ im Sinne von Sozialarbeitern und Psychologen sorgen sollte, weil sonst die Vertrauensperson der nette Islamist von nebenan ist. Die allermeisten dieser jungen Leute kamen nicht gestern. Manche sind heute ein Problem, und das kann man nicht negieren. [hans.rauscher@derstandard.at](mailto:hans.rauscher@derstandard.at)